



DER PARITÄTISCHE Gesamtverband · Oranienburger Str. 13-14 · 10178 Berlin

An die Vorsitzenden der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands –(SPD)
Frau Bärbel Bas
Herrn Lars Klingbeil
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Große Pflegereform / Umsetzung der Eckpunkte der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Zukunftspakt Pflege / Pflegefinanzen

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Bund-Länder-AG für einen „Zukunftspakt Pflege“ hat am 11. Dezember 2025 ihre Ergebnisse vorgelegt. Wir nehmen hier Bezug auf die Eckpunkte, aus denen Reformvorschläge kondensiert werden sollen, um eine nachhaltige Finanzierung und Finanzierbarkeit der Pflegeversicherung zu sichern und um pflegebedingte Eigenanteile zu begrenzen.

Aussichtsreich ist, dass endlich Elemente wie ein Finanzausgleich zwischen sozialer und privater Pflegeversicherung sowie die Verbreiterung der Einnahmebasis diskutiert werden. Wir bitten Sie, vor dem Hintergrund Ihrer aktuellen öffentlichen Bekundungen dazu, sich mit der SPD dafür stark zu machen, dass diese Elemente endlich umgesetzt werden. Wir weisen allerdings darauf hin, dass darüber hinaus die Senkung der Eigenanteile Pflegebedürftiger weiterhin vollkommen offen ist. Im schlechtesten Falle wird eine (verpflichtende) private Zusatzversicherung weiterverfolgt, für die es in der Bevölkerung – anders als bei der Pflegevollversicherung – offensichtlich keine Mehrheit gibt.

Berlin, 27. Februar 2026

**Bündnis für eine solidarische
Pflegevollversicherung**

Dr. Joachim Rock
Hauptgeschäftsführer

Tel. 030 24636-301
Fax 030 24636 120

hgf@paritaet.org

**Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband -**
Gesamtverband e. V.

Oranienburger Str. 13-14
10178 Berlin

Tel. 030 24636-0
Fax 030 24636-110

info@paritaet.org
www.paritaet.org

Facebook: fb.com/paritaet
Twitter/X: @paritaet
Instagram: paritaet
TikTok: @paritaet

SozialBank AG
IBAN:
DE28 3702 0500 0007 0395 00
BIC: BFSWDE33XXX

Registergericht
Frankfurt
Registernummer:
VR 5470

Finanzamt für
Körperschaften I, Berlin
Steuernummer:
27 / 027 / 38902

Umsatzsteuer-ID:
DE153708800



Auf der anderen Seite wird ein infrage stehender Deckel von 1.000 oder 1.200 € in Pflegeheimen für viele, die heute in dieser Höhe mit Pflegekosten bereits belastet sind, keinerlei Abhilfe schaffen. Dieser Wert ist (zusammengenommen mit den übrigen Kosten ohnehin) heute schon zu hoch und auch kaum mit den sozialpolitischen Zielen der Pflegeversicherung in Einklang zu bringen. Richtig ist, dass man an anderer Stelle Kostensenkungen bei der Behandlungspflege in vollstationären Pflegeeinrichtungen, bei den Ausbildungskosten oder Investitionskosten – im Sinne eines Wohngeldes im Pflegeheim – angehen will, aber wir können nicht akzeptieren, dass diese Themen (abgesehen von den Ausbildungskosten) am ambulanten und häuslichen Bereich vorbeigehen.

Wie ein echter Systemwechsel insbesondere auch zum Einbezug des häuslichen Bereichs und zur nachhaltigen Finanzierbarkeit aussieht, hat das aus vielen maßgeblichen Verbänden und Gewerkschaften bestehende Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung zu Beginn des Jahres 2025 mit dem Gutachten zu den Beitragssatzeffekten einer „Pflege-Bürgervollversicherung“ gezeigt (www.solidarische-pflegevollversicherung.de):

1. Die Eigenanteile in stationärer Pflege in gegenwärtiger und prognostiziert weiter steigender Höhe sind mit dem Anspruch der Pflegeversicherung, pflegebedingte Verarmung zu vermeiden, unvereinbar und bedürfen einer effektiven Begrenzung, die eine Dynamisierung der Leistungen und der Leistungszuschuss nach § 43c SGB XI nicht leisten kann.
2. In einer Reform müssen zusätzliche Leistungen in der häuslichen Pflege vorgesehen werden, die den bislang durchschnittlich aufgebrachtten Eigenanteilen entsprechen und zudem noch einen weiteren Betrag für die individuelle Fallsteuerung enthalten.
3. Ein konkreter Reformvorschlag ist die Pflegebürgervollversicherung, unter Einbeziehung der Privatversicherten in die Sozialversicherung bei Bestandsschutz für bereits bestehende Verträge, der Einbezug weiterer Einkommensarten und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze.

4. Eine Vollversicherung führt zwar zu Mehrausgaben der Pflegeversicherung, die aber bei gleichzeitiger Einführung der Bürgerversicherung praktisch ohne Beitragssatzsteigerung finanziert werden können. Wie Berechnungen zeigen, sind die durch die Bürgerversicherung generierten Mehrausgaben auch langfristig ausreichend (2060), um die Vollversicherung zu finanzieren. Für Versicherte mit einem Einkommen bis zur Beitragsbemessungsgrenze (Stand 2024) führt die Einführung der Pflegebürgervollversicherung nur zu einer marginalen Veränderung der monatlichen Beiträge. Dem steht aber die vollständige Übernahme der pflegebedingten Kosten in der stationären Pflege und eine Leistungserhöhung im ambulanten Bereich gegenüber.
5. Für die Pflegeversicherung führen die Bürgerversicherungselemente zu einer Beendigung der strukturellen Einnahmeschwäche und stabilisieren die Finanzierung dieses Systems daher auch nachhaltig.

Sehr geehrte Frau Bas, sehr geehrter Herr Klingbeil, wir werben weiter dafür, diesen tragfähigen Vorschlag in die Beratungen einzubeziehen. Das Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung versteht das von uns beauftragte Gutachten als wichtigen Beitrag für die Erörterungen von Pflegereformoptionen. Die unserem Bündnis angehörenden Verbände bitten Sie daher ausdrücklich darum, sich dafür einzusetzen, dass die Vorschläge im weiteren Prozess berücksichtigt werden. Wir stehen Ihnen gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



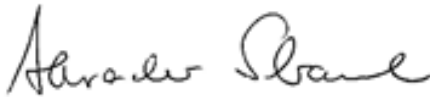
Dr. Joachim Rock
Hauptgeschäftsführer
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband –
Gesamtverband e. V.



Dr. Uwe Martin Fichtmüller
Hauptgeschäftsführer
Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V. - Bundesverband



Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende des Präsidiums
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.



Prof. Dr. Alexander Schraml
Vorsitzender
BKSB – Bundesverband der kommunalen Senioren- und Behinderten-
einrichtungen e. V.

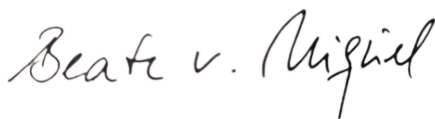


Stephan Löchler
Vorstandsvorsitzender
BIVA Pflegeschutzbund Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebetroffene Menschen e. V.

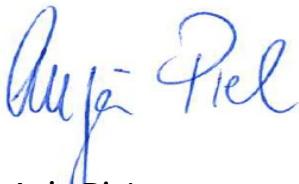


Vera Lux
Präsidentin

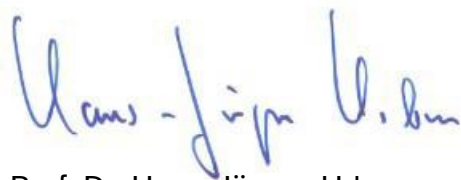
Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) Bundesver-
band e. V.



Dr. Beate von Miquel
Vorsitzende
Deutscher Frauenrat



Anja Piel
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)



Prof. Dr. Hans-Jürgen Urban
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
IG Metall



Michaela Engelmeier
Vorstandsvorsitzende
Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD)



Frank Werneke

Frank Werneke
Vorsitzender
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di

Sebastian Engmann

Sebastian Engmann
Bundesgeschäftsführer
Volkssolidarität Bundesverband e. V.